HAUSHALT

Milliardenrisiko Entwicklungshilfe

In der Entwicklungshilfepolitik drohen dem Bund Risiken in Milliardenhöhe. Grund dafür sind noch nicht in Anspruch genommene Zahlungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), der sich aus Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten speist. „Die Summe der Mittel, für die die Bundesregierung Zahlungsverpflichtungen eingegangen ist und die die Europäische Kommission noch nicht abgerufen hat, beträgt rund 3,5 Milliarden Euro“, heißt es in einer schriftlichen Antwort des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf eine Anfrage des FDP-Parlamentariers Hellmut Königshaus. „Diese Mittel bleiben rechtliche Zahlungsverpflichtungen der Bundesregierung, bis sie abgerufen werden.“ Aus dem Fonds leistet die EU Entwicklungshilfe für Länder, die früher Kolonien von EU-Staaten waren. Finanziert werden aber auch Projekte in den Überseegebieten von EU-Ländern, beispielsweise auf den Niederländischen Antillen oder Französisch-Polynesien. FDP-Mann Königshaus plädiert dafür, dass der Fonds endlich parlamentarischer Kontrolle unterstellt wird und ungenutzte Mittel künftig nicht mehr in Folgejahre übertragen werden dürfen.

LE FIGARO MAGAZINE / LAIF

Touristen in Französisch-Polynesien

OBERHAEUSER / CARO

Kohlenhalde

RAG

Poker um Anteile

Der Börsenplan von RAG-Chef Werner Müller hat einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Arcelor-Vorstand Michel Wurth ist nicht bereit, die von dem Luxemburger Stahlkonzern gehaltenen RAG-Anteile zum symbolischen Preis von einem Euro abzugeben. Im Zuge der Übernahmeschlacht gegen Mittal Steel hat Arcelor sein etwa sieben Prozent umfassendes RAG-Paket neu bilanziert und mit rund 200 Millionen Euro bewertet. Deutlich unter diesem Preis sei Arcelor auf keinen Fall bereit, sich von der Beteiligung zu trennen, teilte Wurth vergangene Woche vor einer RAG-Aufsichtsratssitzung mit. Pech für Müller: Sollte sich Arcelor durchsetzen, können die anderen Großeigentümer (E.on, RWE, ThyssenKrupp) ihre Anteile am Kohlekonzern kaum noch zu dem von Müller geforderten symbolischen Preis abgeben. Besonders die in den USA gelistete E.on müsste mit massiven Schadensersatzklagen rechnen. Einen Kaufpreis von etwa 2,9 Milliarden Euro, der sich rechnerisch aus dem von Arcelor angesetzten Wert ergibt, könnte sich die RAG jedoch kaum leisten. Bereits seit Wochen versucht Müller deshalb, Arcelor zum Einlenken zu überreden. Doch die Fronten verhärten sich, berichten Beteiligte. Bislang sei Arcelor auf kein einziges der von Müller gemachten Angebote – etwa eine Kompensation in Form von Kohlelieferungen – eingegangen.

RAINER UNKEL

Müller

MANAGER

Gut vorgesorgt

Nach dem Streit um die Millionenzahlungen für den einstigen Mannesmann-Chef Klaus Esser lassen sich immer mehr deutsche Spitzenmanager sogenannte Change-of-control-Klauseln in ihre Verträge einbauen, berichten Fachanwälte. Damit werden Abfindungen geregelt, wenn im Falle der Übernahme oder Fusion der Vorstandssessel vorzeitig geräumt werden muss. Vorige Woche zahlte sich für vier Vorstandsmitglieder des von Bayer übernommenen Pharmakonzerns Schering aus, dass sie entsprechend vorgesorgt hatten. Neben ausstehenden Bezügen von 13,1 Millionen Euro kassieren Schering-Chef Hubertus Erlen und drei seiner Kollegen, die im neuen Konzern Bayer Schering Pharma AG nicht mehr gebraucht werden, zusätzlich 11,7 Millionen Euro. Ihre hohen Abfindungen hatten sie sich noch gerade rechtzeitig gesichert. Nachdem ihre Verträge zunächst nur Abfindungen bei feindlichen Übernahmen vorsahen, wurden sie später auf freundliche Übernahmen erweitert – zwei Tage bevor die Übernahmeschlacht um Schering begann.

GERO BRELOER / DPA

Erlen